

Es gilt das gesprochene Wort.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Christopher Vogt, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 240/2017
Kiel, Freitag, 22. September 2017

Innen/Flüchtlinge

Kay Richert: Wir wollen Humanität und Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen

In seiner Rede zu TOP 21 und 25 (Familiennachzug und Aufenthaltswort für gut integrierte Asylbewerber) erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Kay Richert**:

„Ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Funktionierens ist die Integration von Minderheiten. Wir wollen, dass die Kernfamilie – Vater, Mutter, minderjährige Kinder – von Flüchtlingen mit subsidiärem Schutzstatus nachziehen darf. Subsidiären Schutz erhalten Menschen, die weder asylberechtigt sind, noch unter die Flüchtlingskonvention fallen, in ihrer Heimat aber dennoch von ernsthaftem Schaden bedroht sind. In der Regel sind das Menschen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg geflohen sind.

Die Unterscheidung in Asylberechtigte, Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte ist im Grunde akademisch und gründet sich auf der zugrundegelegten Kriegsdefinition, die nicht mehr der Realität von bewaffneten Konflikten entspricht. Fakt ist: Für bedrohte Menschen macht es keinen Unterschied, ob die Bedrohung von einem Kombattanten, einem illegalen Kämpfer, einem Rebellen oder einem Söldner ausgeht. Wer mit dem Tod bedroht ist, der soll unsere Hilfe und unseren Schutz haben. Das ist Humanität.

Nun kann man ja einwenden, dass subsidiär Schutzbedürftige gar kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht genießen und nach dem Ende des Schutzgrundes wieder in ihre jeweilige Heimat zurückkehren werden. Es stellt sich also die Frage: Ist ein Nachzug der Familie da wirklich nötig? Dazu sind zwei Dinge zu sagen:

Erstens: Auch politisch Verfolgte, die hier Asyl genießen, werden nach dem Ende des Fluchtgrundes zurückkehren. Eine dauerhafte Einwanderung wird nach geltender Rechtslage weder über das Asylrecht noch aufgrund von subsidiärem Schutz stattfinden. Auch das wird die Koalition durchsetzen. Wir werden im Rahmen des Rückkehrmanagements sowohl auf freiwillige

Ausreise wie auch auf Abschiebung setzen. Und zweitens: Egal, wie lange jemand hier lebt, wir haben auf alle Fälle ein Interesse daran, dass sich dieser Mensch so gut wie möglich integriert, die deutsche Sprache lernt, eine Ausbildung macht, hier arbeitet und weitere Fähigkeiten erwirbt.

Warum ist das wichtig? Natürlich um den inneren Frieden in unserem Land zu sichern. Aber es gibt noch einen anderen Grund: Weil es nämlich genau diese Menschen sein werden – gebildet, befähigt, demokratisch sozialisiert –, die nach ihrer Rückkehr in der Lage sein werden, ihr Land wieder aufzubauen. Eine gute Integration heute ist ein wichtiger Beitrag für den demokratischen Wiederaufbau morgen. Bildung und Verständigung – Integration – heute führen zu guten internationalen Beziehungen morgen. Wir fordern die Integration und wir fördern die Integration. Und die Sorge um die Familie bei Menschen mit subsidiärem Schutzstatus ist ein Integrationshindernis, das wir beseitigen wollen. Dass wir die Kommunen bei der Last ihrer Aufgaben nicht alleine lassen, ist selbstverständlich.

Natürlich ist all das Geschilderte nur das Kurieren von Symptomen. Und auch der Spurwechsel-Antrag der SPD beschäftigt sich eigentlich nur mit einem Einzelfall. Für eine dauerhafte Lösung dieses Themenkomplexes brauchen wir endlich ein Migrationsrecht, das zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterscheidet. Das wollen wir Freie Demokraten bereits seit 20 Jahren. Mit Beruhigung stelle ich fest, dass wir inzwischen nicht mehr alleine mit dieser Forderung sind.

Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte darf dabei nicht angetastet werden. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. So entlasten wir das Asylsystem massiv. Und nach Ende des Krieges sollen Kriegsflüchtlinge in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren.

Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Dazu wollen wir die Blue-Card reformieren, da geht es auch um die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts. Wir wollen ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen. Der Koalitionsantrag geht hier in genau die richtige Richtung.

Diese Koalition will Menschlichkeit fördern und Rechtsstaatlichkeit durchsetzen. Dazu gehört, dass wir von hier lebenden Minderheiten die Integration verlangen und Parallelgesellschaften nicht dulden. Dazu gehört, dass wir auch und vor allem angesichts humanitärer Notsituationen an der Rechtsstaatlichkeit festhalten. Dazu gehört, dass wir mögliche Perspektiven eröffnen. Und dazu gehört, die Menschen bei ihrer Integration bestmöglich zu unterstützen.“